Harald Flex, Informationstechnische Servicestelle der GKV GmbH

Modellvorhaben JobCard Zentrale Speicherung von Arbeitnehmerdaten

unter Einsatz der elektronischen Signaturkarte

Die Bundesregierung hat am 21. August 2002 beschlossen, für alle Arbeitnehmer eine JobCard (Signaturkarte) einzuführen, mit deren Hilfe die Arbeitsverwaltung auf Beschäftigungszeiten, die Höhe von Entgeltzahlungen sowie Angaben zur Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses elektronisch zugreifen kann. Seit Herbst 2002 wird in einem Modellversuch die zentrale Speicherung dieser Arbeitnehmerdaten entwickelt und in der Praxis erprobt. In einem weiteren Schritt ist geplant, den Einkommensnachweis des Arbeitnehmers zentral zu speichern. Im Leistungsfall könnte die jeweils berechnete Behörde auf diese Entgeltdaten unmittelbar zugreifen, so dass Bearbeitung und Bewilligung schneller erfolgen können.

Dem Projekt JobCard liegt das Ziel zugrunde, die Daten sämtlicher Arbeits- und Entgeltbescheinigungen für alle Arbeitnehmer in einer Datenstelle vorzuhalten, um diese bei Bedarf und auf Abruf zur Verfügung zu stellen. Für die Unternehmen bedeutet dies eine erhebliche Entlastung, da sie von der Ausstellung der Arbeits- und Verdienstbescheinigungen in Papierform befreit werden können. Auf der Basis einer Gesetzesregelung sind ca. 40 Mio. Arbeitnehmerdaten vorzuhalten. Diese Aufgabenstellung erfordert eine erhebliche organisatorische und technische Infrastruktur. Dabei sind insbesondere Fragen des Datenschutzes und der gesicherten elektronischen Kommunikation zu berücksichtigen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenkassen, vertreten durch die ITSG Informationstechnische Servicestelle der Gesetzlichen Krankenversicherung GmbH, mit der Durchführung des Modellvorhabens beauftragt, um ein Feinkonzept für den Praxisbetrieb zu erstellen und den Nachweis für die praktische Umsetzung zu führen. Die ITSG wurde 1996 von den Spitzenverbänden der Krankenkassen gegründet und unterstützt die Standardisierung und Normierung des Datenaustausches durch Produkte und Dienstleistungen.